



Ausschuss für Europa und Internationales

16. Sitzung (öffentlich)

8. Dezember 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:40 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Enterprise Europe Network	6
2	Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken	16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4140

Ausschussprotokoll 18/297 (Anhörung am 15.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AFD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

3 Einfacher Staat: Patientenschutz im Grenzland erhöhen – mit besseren Daten **21**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4353

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Europa und Internationales

Stellungnahmen
18/726, 18/809, 18/818,
18/830, 18/831, 18/833

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

4 Aktueller Umsetzungsstand der Vereinbarungen NRWs mit ausländischen Staaten *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **24**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1828

– Wortbeiträge

5 Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1820

– Wortbeiträge

- 6 Überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **27**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1827
- Wortbeiträge
- 7 Joint Declaration of Intent zur Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Circular Economy** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **28**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 8 Europäische Hochschulen in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **30**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2044
- Wortbeiträge
- 9 Maßnahmen der EU-Kommission zur Anerkennung von Berufsqualifikationen aus Drittstaaten** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **31**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2026
- Wortbeiträge
- 10 Selbstbewirtschaftungsmittel Akademie für Internationale Politik** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **32**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2038
- Wortbeiträge

11 Kampagne der Landesregierung zur Europawahl 2023 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **33**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2036

– Wortbeiträge

12 Zuschüsse der Landesregierung im In- und Ausland *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2040

– Wortbeiträge

13 EU-Kohäsionsfonds – Positionierung der Landesregierung auf EU-Ebene *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2037

– Wortbeiträge

14 Verschiedenes **36**

hier: **„Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weitere europäische Solidarität zeigen!“ – Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/6365**

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung am 8. März 2024 um 10:00 Uhr durchzuführen.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Stefan Engstfeld (GRÜNE)** die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, an der Spitze für das Ministerium Herrn Staatssekretär Dr. Speich. Minister Liminski sei heute verhindert. Er grüße auch alle Gäste.

1 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Enterprise Europe Network

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Wir freuen uns, unter TOP 1 mit unseren Gästen in den Austausch zu gehen. Ich begrüße Herrn Stein als Geschäftsführer von ZENIT, Frau Milešević für den Projektpartner NRW.BANK und Herrn Schürmann als Projektleiter. Wir hatten gesagt, dass wir am Anfang von Ihnen eine Präsentation und einen Einführungsbericht bekommen, was Sie denn da machen. Dann würden wir in den Austausch gehen. Vorgesehen ist ungefähr eine Dreiviertelstunde für diesen Tagesordnungspunkt.

Wir freuen uns sehr, dass Sie Zeit gefunden haben, mit uns heute zu diskutieren und Ihre Arbeit vorzustellen. The floor is yours.

Hans H. Stein (ZENIT GmbH): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Wir freuen uns sehr über die Einladung, Ihnen heute einen Einblick in die Aktivitäten des Enterprise Europe Networks in Nordrhein-Westfalen geben zu können.

Das Enterprise Europe Network ist ein europäischer Zusammenschluss, der in diesem Jahr seinen 15. Geburtstag feiert und der insbesondere dazu dient, kleinen und mittleren Unternehmen den Weg und die Chancen innerhalb des europäischen Binnenmarktes zu erleichtern und zu fördern. Dieses Jahr begehen wir einen Jahrestag, der fast in Vergessenheit geraten ist, nämlich 30 Jahre Europäischer Binnenmarkt, einer der Eckpfeiler des Projekts der Europäischen Union, der es vor allem für kleine und mittlere Unternehmen möglich macht, sich grenzüberschreitend zu internationalisieren, Partner zu finden, innovativ aufzustellen und die Chancen europaweit zu nutzen. Von daher freuen wir uns sehr, dass wir Ihnen einen Einblick in die gegenwärtigen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen geben können.

Das Enterprise Europe Network besteht in 45 Ländern, in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und darüber hinaus. Zusammengeschlossen sind knapp 460 Organisationen, die wie hier in Nordrhein-Westfalen maßgeblich mit kleinen und mittleren Unternehmen zusammenarbeiten. Zur Verfügung stehen für einen Programmzeitraum von dreieinhalb Jahren 164 Millionen Euro.

In Nordrhein-Westfalen sind wir als NRW.Europa aufgestellt mit ZENIT, dem Zentrum für Innovation und Technik in Mülheim an der Ruhr, das Sie vielleicht als Private Public Partnership seit 40 Jahren kennen, wo das Land Gesellschafter ist, darüber hinaus mit einem Bankenkonsortium und einem Unternehmerverein als Träger. Wir beraten maßgeblich kleine und mittlere Unternehmen bei Innovation, bei Internationalisierung, bei Nachhaltigkeit, bei Digitalisierung und vielem anderen mehr.

Darüber hinaus ist unser Koordinationspartner die NRW.BANK. Wir haben zwei assoziierte Partner mit den IHKs in Nordrhein-Westfalen und NRW.Global Business. Intensiv arbeiten wir mit dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsministerium zusammen, die uns finanziell unterstützen.

Die Themengebiete sind Internationalisierung, Innovation, Digitalisierung, Resilienz und Nachhaltigkeit, wo wir mit unseren Kundinnen und Kunden zusammenarbeiten.

Das kann bei einer Unternehmensberatung beginnen. Es kann ein Workshop sein, bei dem man sich über Internationalisierungsstrategien austauscht. Wir veranstalten B2B-Kooperationsbörsen, machen individuelle Recherchen und Marktanalysen für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, beraten im Bereich von Fördermitteln auf deutscher, regionaler oder internationaler Ebene auf den Themenfeldern Innovation, Nachhaltigkeit, Resilienz, Binnenmarktzugang, Geschäftspartnerschaften, Digitalisierung und den Zugang zu Finanzierung.

Um Ihnen einen kleinen Überblick zu geben in das, was jeden Tag geschieht: Jeden Tag innerhalb des Netzwerks werden 5 B2B-Vereinbarungen abgeschlossen. Mindestens 112 Unternehmen erhalten täglich ein Beratungsangebot. Es finden jeden Tag Coachings international statt, und wir sind in regelmäßigem Austausch mit den nordrhein-westfälischen kleinen und mittleren Unternehmen.

Unsere Arbeit zeichnet eine explizite Kundenorientierung aus, wobei die Bedürfnisse der Kunden – nicht irgendwelche Programme, die wir verkaufen wollen – im Mittelpunkt stehen, um zu gucken, welche Lösungen wir passgenau gemeinsam erarbeiten können. Dazu dient das internationale Netzwerk, das wir in den 45 Ländern haben.

Es ist etwas anderes, ob Sie eine Google-Research-Abfrage machen oder ob Sie – gerade bei B2B-Beziehungen – mit Vertrauen arbeiten, mit ausgewiesenen Experten, die ihre jeweiligen Forschungsinfrastrukturen, die ihre jeweiligen Wirtschaftsstrukturen und ihre Unternehmen kennen, so, wie wir das in Nordrhein-Westfalen tun und unsere Partner eben auch.

Das Netzwerk ist darüber hinaus ein offenes Netzwerk. Wir tauschen uns mit unseren Partnern, insbesondere aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, regelmäßig in Fachgesprächen aus, um zu gucken, wo wir gemeinsame passgenaue Lösungen finden für unsere Kunden, wo es Überschneidungen gibt, wo es Anforderungen – sei es im Bereich Digitalisierung oder Nachhaltigkeit – gibt, die in bestimmten Ländern Thema sind, die aber auch für nordrhein-westfälische Unternehmen von Interesse sein könnten.

Einen Einblick möchten wir Ihnen gerne mit einem Beispiel geben aus dem Bereich Finanzierung.

Petra Milešević (NRW.BANK): Wir als NRW.BANK sind die Förderbank des Landes NRW. Unsere Hauptaktivitäten liegen auf der Vergabe von Förderdarlehen und Equity Kapital. Uns ins Stammbuch geschrieben ist aber auch die Beratung für Unternehmen. Wir beraten NRW-Unternehmen, die ins Ausland gehen möchten, sich dadurch festigen möchten, aber niemals den Standort NRW verlassen sollen und werden. Wir beraten in allen Phasen der Internationalisierung über öffentliche Fördermittel.

Wir haben eine kurze Folie vorbereitet, was diese Phasen sind. Wir teilen sie in fünf Phasen ein, von der Marktorientierung – wo will ich hin, wie plane ich das? – bis hin zu einem möglichen Investment im Ausland, dass ich sage: Ich möchte eine Produktionshalle in einem Drittstaat machen, wo auch immer er ist. Da beraten wir.

Wir beraten über öffentliche Fördermittel aus NRW und darüber hinaus – welche Fördermöglichkeiten es aus NRW gibt, was es auf Bundesebene, auf EU-Ebene gibt. Aber

wir gucken auch ins Zielland, was es da an Fördermitteln, Steuervergünstigungen, Zuschüssen, Förderdarlehen und ähnlichem gibt. Das ist die Hauptaktivität, die wir hier haben, weil wir als Bank am Ende des Tages auf Finanzierungsmittel fokussiert sind.

Hans H. Stein (ZENIT GmbH): Nun sind wir bei der konkreten Beratung. Es gibt beispielsweise eine Programmlinie, wo wir auch sehr stark mit aktiv sind. Da geht es um die Unterstützung insbesondere von Hightech-Unternehmen, die von Frauen geführt werden, um ihnen Zugänge zum EIC Accelerator zu geben. Das ist eine spezielle Programmlinie, die die Europäische Kommission aufgelegt hat, wozu wir Detailberatung machen, intensiv mit Unternehmerinnen zusammenarbeiten.

In einer anderen, weiteren Programmschiene, die gerade im September gestartet ist, geht es um Beratung von KMU, dass ihre Betriebe energieeffizienter werden und sie kontinuierlich an nachhaltigen Lösungen für ihr Unternehmen arbeiten.

Wir sind auch im Bereich von Außenwirtschaftsstrategien mit aktiv. Wir haben im Herbst gemeinsam mit den IHKen in Nordrhein-Westfalen eine Studie unter wissenschaftlicher Leitung des IW Köln (Institut der deutschen Wirtschaft) erarbeitet, wie die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auf Lieferkettenprobleme reagieren und darauf eingestellt sind, inwieweit für Unternehmen gerade der exportorientierten NRW-Wirtschaft Reshoring, also die Rückverlagerung von Produktionsprozessen, wenn nicht nach Deutschland selbst, dann aber innerhalb der Europäischen Union stattfindet.

Das ist eine sehr spannende Studie gewesen, die zeigt, wie nordrhein-westfälische Unternehmen vorbereitet sind. Sie zeigt auch, dass Asien weiterhin eine große Rolle spielt, aber nicht mehr die, die es in der Vergangenheit hatte. Es wird auch im nächsten Jahr eine Leitschnur des Handelns im Bereich der Unternehmensberatung sein.

Welchen Nutzen zieht Nordrhein-Westfalen aus diesen ganzen Aktivitäten? Unser Hauptinteresse und der Auftrag, den wir von der Europäischen Kommission haben, ist die Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen im internationalen Markt durch Transformation, damit auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Unsere Aktivitäten stehen komplementär zu Landesstrategien und Landesprogrammen wie beispielsweise dem Handlungskonzept zu Horizon Europe, also zu Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

Da können wir bei einer Analyse, die wir gemacht haben, erfreulicherweise feststellen, dass wir im Ländervergleich in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren an Stärke gewonnen haben, auch mit Blick auf Baden-Württemberg und Bayern. Indem wir Unternehmen und Forschungseinrichtungen stärker befähigen, sich europäischen Programmen zu widmen und entsprechende Anträge zu stellen, fließen jetzt mehr Forschungsmittel nach Nordrhein-Westfalen, als das vorher der Fall war.

Wir arbeiten stark grenzüberschreitend mit den Unternehmen und mit Forschungseinrichtungen zusammen. Ein aktuelles praktisches Beispiel aus der Kooperation insbesondere mit Partnerregionen Nordrhein-Westfalens: Im Vorfeld der Medica haben wir ein Webinar veranstaltet zwischen Unternehmen aus der Games-Industrie, die Produkte herstellen, die man auch im Gesundheitssektor einsetzen kann. Die Kooperation zwischen Unternehmen aus Hauts-de-France und aus Nordrhein-Westfalen zu dem

Thema „Medica“ war sehr spannend. Das bei einem Zukunftsfeld wie Games über das Enterprise Europe Network organisiert zu haben, hat Impulse gegeben für die Arbeit in den kommenden Jahren.

Zur Verfügung stehen uns im Förderzeitraum, der bis Mitte 2025 läuft und im Januar 22 begonnen hat, 11 Millionen Euro von der Europäischen Union, kofinanziert durch das Wissenschafts- und das Wirtschaftsministerium, sodass wir mit den Geldern, die wir aus Nordrhein-Westfalen ansetzen, eine große Hebelwirkung haben, um die Finanzmittel aus der Europäischen Union zu hebeln.

Im Rahmen einer Evaluation, die die Europäische Kommission durchgeführt hat, hat es Unternehmensbefragungen gegeben. Da konnten wir uns über einen Zustimmungswert von 98 % freuen. Wir möchten diesem Vertrauen, das die Unternehmen in uns haben, auch in den kommenden Jahren gerecht werden.

Einen Ausblick auf eine Großveranstaltung im kommenden Jahr hier in Düsseldorf möchte ich Ihnen noch geben. Das ist die Veranstaltung, die „Successful R&I in Europe“ heißt, wo wir innovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Europäischen Union und aus Nordrhein-Westfalen und weitere Partner zusammenbringen, die ihre Ideen über zwei Tage in Workshops vorstellen werden. Ich habe eben das Thema „Games“ und die Zusammenarbeit zwischen Hauts-de-France und Nordrhein-Westfalen angesprochen. Da wollen wir einen Beitrag zu leisten, dass es insbesondere aus den Partnerregionen des Landes zu Matches mit nordrhein-westfälischen innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen kommt. Das Ganze findet Mitte Februar hier in Düsseldorf statt.

Ich möchte schließen mit einem kurzen Überblick über einige Stimmen, die Kundinnen und Kunden uns gegeben haben, dass sie insbesondere im Bereich von Startup-Förderung, von der Analyse von Wachstumspotenzialen, von der internationalen Vernetzung, von dem Programmangebot von NRW.Europa profitiert haben und das gerne auch weiter nutzen möchten. So freuen wir uns, wenn auch das Land dieses Programm in den kommenden Jahren weiter unterstützt und wir diesen – wir glauben erfolgreichen – Weg in den kommenden Jahren fortführen können. Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und freuen uns über einen weiteren Austausch.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ganz herzlichen Dank für die Vorstellung Ihrer Arbeit und die Präsentation. Wir konnten alles gut verfolgen. – Gibt es Wortmeldungen, Fragen von Seiten der Ausschussmitglieder? – Frau Aymaz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Stein und Frau Milešević, für den Vortrag. Mich würde vor allen Dingen interessieren, wie die Feedbackschleifen bzw. die Kommunikationswege zur EU-Kommission konkret verlaufen. Könnten Sie das bitte einmal darstellen?

Dann haben Sie gesagt, dass Ihr Agieren komplementär zur Landesstrategien und Programmen ist. Ich gehe davon aus, dass auch Bundesstrategien wie zum Beispiel die Chinastrategie Gegenstand Ihres Handelns ist. Ist das richtig?

Abschließend: Wir feiern 75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In Nordrhein-Westfalen haben wir erstmals die Woche der Menschenrechte ausgerufen. Einen herzlichen Dank an dieser Stelle an das Ministerium und die Staatskanzlei für die großartigen Veranstaltungen, Gespräche und Aktivitäten, die im Rahmen dieser Woche durchgeführt worden sind.

Ich glaube, dass wir auch die Rolle von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich Außenhandel viel zu oft unterschätzen, was auch sie für einen Hebel haben können, um die Wahrung und Verteidigung von Menschenrechten, insbesondere im Umgang mit den Partnern, aber auch bei den Standorten vor Ort zu beachten. Haben Sie da vielleicht Hinweise, wo Sie sagen, da läuft schon etwas, oder da könnte etwas besser laufen? Ist das Gegenstand in Ihren Beratungen? Wenn ja, dann wie?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Weil sich jede Fraktion gemeldet hat, würde ich jetzt einfach sammeln. – Das Wort hat Frau Abgeordnete Plonsker für die CDU-Fraktion.

Romina Plonsker (CDU): Vielen Dank für den spannenden Vortrag. Ich finde es gut, dass wir nicht nur in die gesamte Welt gucken, was richtig und wichtig ist, sondern auch unseren Unternehmen helfen, in Europa zu expandieren. Das eine soll das andere nicht ausschließen, aber ich finde es auch einen guten Ansatz.

Sie haben ein engmaschiges Stakeholder-Netzwerk, was Sie uns gerade präsentiert haben. Mich würde interessieren, wie das Land Nordrhein-Westfalen Ihre Arbeit unterstützt, wie das Netzwerk vom Land Nordrhein-Westfalen profitiert, und ob Sie vielleicht einige Beispiele haben, wo das Best Practice ist, unabhängig von den drei Beispielen, die Sie uns hier an die Wand geworfen haben.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank auch von unserer Seite für den interessanten Vortrag. Zwei kurze Nachfragen: Sie hatten die Schlagworte Reshoring, Deglobalisierung, Überbegriff „technische Souveranität“ angesprochen. Welche Aktivitäten haben Sie da?

Gibt es im Zusammenhang damit und insbesondere im Bereich „Künstliche Intelligenz“ irgendwelche Fördermaßnahmen von Ihrer Seite?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Ich habe eine Frage konkret in Bezug auf das Einstein-Teleskop. Das ist ja noch in der Planung. Haben Sie damit zu tun, wenn ja, in welchem Zusammenhang? – Wenn ich Sie schon mal hier habe, dann würde ich die Frage gerne stellen.

Inge Blask (SPD): Auch unsererseits herzlichen Dank für den Vortrag. Wir würden gerne wissen, wie sich Angebot und Nachfrage in Ihrem Projekt widerspiegeln. Ist der Bedarf größer als das, was Sie leisten können, oder haben Sie da noch Ausbaumöglichkeiten?

Dann hatten Sie das Stichwort „Lieferketten“ genannt. Können Sie das an ein paar praktischen Beispielen ergänzen, wie Sie da unterstützen können?

Die dritte Frage, eigentlich noch mal zurück in Richtung NRW, wenn es um das Thema „Green Deal Industrial Plan/Net-Zero Industry Act“ geht. Wie kann man das für Nordrhein-Westfalen gut nutzen und umsetzen?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Zum Schluss hat der Vorsitzende auch eine Frage. Können Sie uns die Top 3-Regionen nennen, mit denen Sie am intensivsten kooperieren? Wo gibt es den intensivsten Austausch, wo gehen unsere Unternehmen hin?

Dann hätten wir die erste Runde durch.

Hans H. Stein (ZENIT GmbH): Vielen Dank für die vielen umfangreichen Fragen. Frau Aymaz, beginnen wir mit dem Feedback zur Europäischen Kommission. Es gibt innerhalb des Enterprise Europe Networks Working Groups, die sich um Themen drehen wie Digitalisierung, Access to Finance, Nachhaltigkeit, Resilienz, wo wir regelmäßig mit den Partnerinnen und Partnern aus den anderen EEN-Projekten zusammenkommen. Da findet der Austausch mit der Exekutivagentur der Europäischen Kommission, der EISMEA statt, die sich insbesondere mit kleineren und mittleren Unternehmen beschäftigt, und mit der DG GROW. Wir stehen auch im Austausch mit den nordrhein-westfälischen Europaabgeordneten zu der einen oder anderen Frage, insbesondere wenn es darum geht, weitere Programmschienen zu entwickeln.

Wir können über dieses Vehikel ein Feedback von kleinen und mittleren Unternehmen aus der Beratungspraxis in Nordrhein-Westfalen auf die Brüsseler Ebene mitnehmen und freuen uns auch über die Zusammenarbeit mit der Landesvertretung, insbesondere mit den dort für Wirtschaft und Wissenschaft zuständigen Kolleginnen und Kollegen.

Dann war die Frage nach dem Thema „Berücksichtigung von Bundesstrategien“. Natürlich spielen auch Bundesstrategien bei uns eine Rolle, weil sie die ganze Förderlandschaft, die ganze Innovationslandschaft mit prägen. So fließen die in unsere Beratungsarbeit mit ein, sowie selbstverständlich das Thema „Menschenrechte“ insbesondere bei der Beratung über Außenhandelsstrategien eine Rolle spielt. Also: Worauf habe ich vor dem Hintergrund des Lieferkettenschutzgesetzes im Ausland bei der Zusammenarbeit zu achten? Es ist natürlich gemeint, dass KMUs dabei nicht im Hauptfokus stehen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag. Gerade familiengeführte Unternehmen sind sich ihrer unternehmerischen Verantwortung bewusst, egal, ob sie im Inland oder im Ausland arbeiten. Das spielt natürlich immer mit eine Rolle.

Zur Unterstützung des Landes und der Rolle, die das Land dabei spielt: Ich habe zu Beginn gesagt, intensive Partner sind vor allem das Wissenschaftsministerium und das Wirtschaftsministerium, die dieses maßgeblich von der EU initiierte Projekt mit unterstützen und damit zu einer Kofinanzierung beitragen. Wir arbeiten intensiv mit beiden Häusern zusammen bei der Umsetzung der Außenwirtschaftsstrategie des Landes oder von Innovationsstrategien. Ich habe das Thema „Handlungskonzept zu Horizon“ mit genannt. So betrifft die Veranstaltung im Februar nächsten Jahres, Successful R&I, ganz stark den Forschungsstandort und Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen in enger Zusammenarbeit mit dem MKW.

Herr Tritschler, Sie haben das Thema „Nearshoring“ angesprochen. Ein ganz konkretes Beispiel ist Dominik Hermann, der hier mit aufgeführt ist, ein Hersteller von Sporttrikots, die man nicht waschen muss, die man ausschüttelt. Ich habe zuerst gedacht, was das für eine schräge Idee ist. Das finden insbesondere Fahrradfahrer super, die auf Tour sind und dann nicht mit Rei in der Tube in der Jugendherberge stehen, sondern die es ausschütteln, weiterfahren und sich dann nach Ende der Reise zuhause darum kümmern. Der hat nicht nur dieses innovative Produkt, sondern er hat auch gesagt, er möchte nicht von irgendwelchen Zulieferern aus Vietnam oder China abhängig sein, sondern europäische Partner suchen. Die haben wir über das Netzwerk in Litauen und in Polen gefunden, sodass ein innovatives Produkt, das sich auf dem Markt bewährt, mit europäischen Partnern umgesetzt werden kann.

KI spielt auch eine Rolle in unseren Beratungsaktivitäten innerhalb des Enterprise Europe Networks. Wir haben darüber hinaus ein Bundesprojekt bei ZENIT, was sich Zukunftszentrum nennt. Es beschäftigt sich mit dem Einsatz von KI in Unternehmen in Nordrhein-Westfalen und dort mit einem Ansatz, dass man nicht nur mit Unternehmensleitungen, sondern auch mit den Mitarbeitern, Mitarbeitervertretungen und Betriebsräten zusammen an entsprechenden Konzepten arbeitet. Das wird nicht nur vom Bund, sondern auch vom Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Herr Pfeil, Sie haben nach dem Einstein-Teleskop gefragt. Es gibt dort ein Unterprogramm, das sich insbesondere an KMU richtet. Da wirken wir mit. Da ist ein Kollege, der in Maastricht zuhause ist und seine Expertise mit einbringt, sodass wir da versuchen, kleine und mittlere Unternehmen bei diesem Zukunftsprojekt mit zu unterstützen und mit einzubringen.

Dann kommen wir zu der Frage nach Bedarf und Angebot. Wir können unsere Dienstleistungen so viel anbieten, wie uns an Zeit und an Mitteln zur Verfügung steht. Da gäbe es sicherlich noch mehr Bedarf auf unserer Seite, damit wir dieses Dienstleistungsangebot weiter auslegen können. Aber das hängt natürlich davon ab, welche Möglichkeiten wir mit Unterstützung der Europäischen Union und aus dem Land Nordrhein-Westfalen haben, diese zunächst kostenfreie Beratung den Unternehmerinnen und Unternehmern zur Verfügung zu stellen.

Dann tauchte noch mal die Frage nach Lieferketten auf. Ein Beispiel habe ich eben erwähnt. Ich glaube, der große Unterschied ist, dass wir ein europaweites und internationales Beraternetzwerk haben, das auf Vertrauen basiert. Wir kennen die Unternehmen, mit denen wir zusammenarbeiten, die in Nordrhein-Westfalen aktiv sind. So kennen das unsere Partner in Schweden, in Finnland, in Frankreich und in Polen auch, sodass wir an passgenauen, auf Vertrauen basierenden Lösungen arbeiten können und man nicht irgendwelche anderen abstrakten Recherchen macht.

Die Frage nach der Zusammenarbeit mit starken Regionen: Wir haben starke Partner in den Niederlanden und Belgien, mit denen wir zusammenarbeiten. Hauts-de-France ist bei den Themen „neue Materialien“, „Gamesentwicklung“, „Mode“ ein wichtiger Partner, den wir mit dabei haben. Bei uns funktioniert die Zusammenarbeit im Kleinen Weimarer Dreieck, weil auch Schlesien ein wichtiger Partner für uns ist.

Wir unterstützen auch die Partnerschaft, die das Land mit Nordmazedonien eingegangen ist und arbeiten da intensiv mit unseren EEN-Partnern vor Ort zusammen. Wir haben uns auch mit eingebracht in die Ukraine-Aktivitäten der Landesregierung, womit wir insbesondere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützen auf der Suche nach Einsatzmöglichkeiten hier, aber auch nach Kooperationsmöglichkeiten, die zwischen Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen und in der Ukraine bestehen.

Green Deal spielt eine wichtige Rolle bei unserer Beratung. Ich habe auf ein spezielles Programm hingewiesen, das sich um Energieeffizienz in den Unternehmen dreht. Natürlich ist ein effizienter, ressourcensparender Einsatz bei der täglichen Beratung mit den Unternehmen wichtig, wobei wir versuchen, das, was an übergeordneter politischer Zielsetzung ist, auf die Unternehmensebene herunterzubrechen und so einen Beitrag in den Unternehmen mit dazu zu leisten, dass wir zu einer CO₂-freieren Wirtschaft kommen.

Wir sind auch bei Beratungsprojekten in einigen Unternehmen mit dabei, bei denen es um das Thema „Wasserstoff“ und „Wasserstoffeinsatz“ geht. Aber sicherlich ist das auch ein Handlungsfeld, das in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden müsste.

Petra Milešević (NRW.BANK): Ich würde aus Sicht der NRW.BANK noch ein paar Dinge ergänzen, weil wir als Bank einen etwas anderen Fokus haben als ZENIT.

Zum Enterprise Europe Network grundsätzlich: Das gibt es in jeder Region Europas. Nur, damit man einmal versteht, welche Größe das hat. Das heißt, man hat überall Ansprechpartner und, wie Hans Stein eben gesagt hat: Wir arbeiten aktiv in Gruppen mit und stehen deshalb in engem Austausch auf europäischer Ebene.

Wir sind Partner, wie ZENIT auch, in der Außenwirtschaftsstrategie des Landes. Das heißt, auch da sind wir fest verankert und haben unseren festen Platz. Bei uns ist es so, dass die Unternehmen häufig am Ende ihrer Planung zu uns kommen, weil Finanzierung oft ein nachgelagertes Thema ist, wenn ich ins Ausland gehe. Man macht sich erst um andere Dinge Gedanken: „Wo gehe ich hin?“, „finde ich da Fachkräfte?“ Es gibt viele Dinge, die ein Unternehmen interessieren, bevor man zum Punkt Finanzierung kommt.

Aber wenn sie sich dann entschieden haben, dann beraten wir über öffentliche Fördermittel. In dem Zusammenhang haben wir durch diese Lieferkettenproblematik auch während der Coronazeit festgestellt, dass sich die Unternehmen diversifizieren müssen und ihnen das durchaus auch bewusst ist. Sie müssen gucken, wo sie hingehen, um sich nicht von einem Land abhängig zu machen, sondern das Risiko weiter zu verteilen. Aber auch da ist nichts so einfach, wie es scheint. Wenn ich Rohstoffe benötige, muss ich gucken, wo ich die Rohstoffe in der Menge finde, in der ich sie benötige. Also, es gibt viele Fragen, die sich Unternehmen vorher stellen müssen.

Auch Nearshoring ist ein Thema. Wir haben in unseren Beratungen festgestellt, Osteuropa ist immer ein Thema. Gerade die Westbalkanländer werden nachgefragt, weil da die Lohnkosten niedrig sind. Das muss man sehen. Nicht alle osteuropäischen

Länder haben noch einen Lohnkostenvorteil, aber das wird zumindest im Moment sehr stark aktiv nachgefragt. Das ist eine der Top Regionen.

Man muss fairerweise sagen, dass die Unternehmen auch weiterhin außerhalb Europas gucken. Die USA ist ein steter Quell der Freude in diesem Fall. Auch das muss man ehrlich sagen.

Sie hatten nach dem Bedarf gefragt. Ja, wir sind Förderbank, wir können das natürlich decken, im Zweifel aus unseren eigenen Mitteln. Das vielleicht als Ergänzung aus Sicht der NRW.BANK.

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Dann kommen wir in die zweite Runde. Da gibt es zwei Wortmeldungen, zuerst für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Neumann.

Josef Neumann (SPD): Vielen Dank für die spannenden Beiträge. Ich nehme als Beispiel ein kleines Unternehmen, das zu Ihnen kommt und Beratungsbedarf hat, was sich im Aufbau befindet und noch nicht die finanziellen Ressourcen hat. Was muss dieses Unternehmen finanziell als Eigenbeitrag leisten?

Dr. Günther Bergmann (CDU): Ich hatte in meinem beruflichen Leben öfter mit ZENIT zu tun. Ich weiß, dass B2B immer ein zentraler Faktor ist. Ist inzwischen auch B2C dabei oder wird das nicht gemacht? Das ist das eine.

Das Zweite in Richtung NRW.BANK: Wenn es große Finanzierungsbedarfe gibt, laufen oftmals Interessen in Bezug auf Bürgschaften hinterher. Hermes deckt das ab. Gibt es auf nordrhein-westfälischer Ebene eine Möglichkeit für Unternehmen aus verschiedensten Branchen, Maschinenbau zum Beispiel, die in Entwicklungsländer gehen und gucken, ob das überhaupt funktioniert, ob man überhaupt sein Geld bekommt? Wie wird das gemacht, und bis zu welchem Grad gehen Sie da mit?

Hans H. Stein (ZENIT GmbH): Herr Neumann, die Grundberatung für das Unternehmen, das Sie angesprochen haben, ist kostenfrei im Rahmen dieses Programms. Wir beraten das Unternehmen auf dem Weg bei der Entwicklung von Strategien, geben Empfehlungen, welche Förderprogramme und Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen. Was wir nicht machen können, ist, für das Unternehmen den Förderantrag selber zu schreiben. Das wäre eine Aufgabe, die kostenpflichtig wäre oder die das Unternehmen selber machen müsste. Aber die Grundberatung und beratende Begleitung auf dem Weg ist kostenfrei. Wir haben zum Teil schon langjährige Beziehungen zu Unternehmen, die immer mal wieder mit einer Frage zu uns kommen, wo sich eine wirklich langfristige Kooperationsbeziehung entwickelt hat.

Auf Ihre Frage, Herr Bergmann: B2B steht bei unserer Tätigkeit im Mittelpunkt, dass es also da das Matching zwischen den jeweiligen Businesspartnern gibt.

Petra Milešević (NRW.BANK): Dann würde ich aus Sicht der NRW.BANK zu der zweiten Frage, große Finanzierungsbedarfe, kommen. Sie haben offensichtlich in Richtung Schwellenländer, Entwicklungsländer geguckt, wo es ein bisschen schwieriger ist

als normal. Grundsätzlich beraten wir kleine und mittlere Unternehmen. Die ganz großen können das selber. Die brauchen keine Förderbank als Leistung dafür.

Die Bürgschaften: Euler Hermes sichert politische und wirtschaftliche Risiken im Exportbereich ab. Das sind ja Bundesmittel, die dahinter stehen. Im Exportgeschäft machen wir nichts. Das macht Euler Hermes. Wir beraten und leiten das weiter. Das heißt, wenn Unternehmen zu uns kommen, nehmen wir die an die Hand und vernetzen sie dann mit Euler Hermes, dass sie da Deckung kriegen.

Das Problem ist, dass man immer eine Hausbank braucht. Wir haben das Hausbankenprinzip für Förderbanken. Das gilt auch für uns. Das heißt, die Unternehmen gehen zu ihrer Hausbank, müssen die Finanzierung bekommen und kriegen die rückabgesichert. So funktioniert das im Leben. Das machen wir dann beim Export für Euler Hermes. Bei Investments in Schwellenländer gibt es PwC als Bundesmandatar mit den Investitions Garantien, die daneben stehen. Es gibt auch eine Landesbürgschaft. Wir selber als NRW.BANK beraten dazu, haben aber selber kein Angebot dafür.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Vielen Dank, Herr Stein, Frau Milešević und Herr Schüürmann, dass Sie da waren. Viel Erfolg weiterhin beim Leben im europäischen Binnenmarkt. Es ist wirklich sehr interessant, was Sie da tun. Ich halte das für eine gute und wichtige Arbeit, die Sie leisten. So lebt man Europa.

Sie sind herzlich eingeladen, weiter an der Ausschusssitzung teilzunehmen. Wir haben aber alles Verständnis der Welt, wenn Sie weiterziehen und andere Termine wahrnehmen. Hoffentlich bis demnächst. Vielen Dank, dass Sie heute da waren.

2 Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4140

Ausschussprotokoll 18/297 (Anhörung am 15.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales und den Hauptausschuss am 05.05.2023)

Vorsitzender Stefan Engstfeld teilt mit, die Voten der mitberatenden Ausschüsse lägen vor. Der Hauptausschuss empfehle die Ablehnung, der mitberatende Ausschuss für Heimat und Kommunales empfehle ebenfalls die Ablehnung.

Inge Blask (SPD) verweist auf die umfangreiche Anhörung zu dem Antrag. Das Thema „Verwaltungsvereinfachung bei der Beantragung von EU-Fördermitteln“ sei ein sehr wichtiger Punkt. Da könne Nordrhein-Westfalen eindeutig besser werden und landesseitige Hemmnisse bei der Beantragung von EU-Fördermitteln konsequent abbauen. Letztlich gehe es darum, die Kommunen zu stärken, die ihre Kapazität auf wirkungsvolle Europaprojekte vor Ort konzentrieren könnten. So habe der Bürgermeister Thomas Kerkhoff in dem Zusammenhang gesagt:

Wir müssen es vereinfachen, transparenter und schlanker für die Kommunen machen.

Auch die NRW.BANK bringe es auf den Punkt: Förderung sollte einfacher werde, weniger administrativ, mehr pauschal und grundsätzlich auch weniger Programme bzw. weniger Aufrufe. Denn die Kommunen hätten Schwierigkeiten, mit ihren personellen Ressourcen viele Dinge einfacher umzusetzen und wahrzunehmen.

Sie frage sich, warum sich Nordrhein-Westfalen nicht eine Scheibe von Baden-Württemberg abschneiden könne, wieso man nicht von den Erfolgskonzepten anderer Bundesländer profitiere und Transferbares in Nordrhein-Westfalen übernehme.

Herr Kreuz habe es auf den Punkt gebracht:

„Es ist notwendig, in einem kontinuierlichen und engen Austausch mit denjenigen zu stehen, die in der Praxis mit der Fördermittelbeantragung betraut sind, somit mit denjenigen, die die Programme und Projekte operativ umsetzen und von ihnen profitieren. Grundlage dieser Zusammenarbeit muss ein hohes Maß an Transparenz, Vertrauen und eine Kommunikation auf Augenhöhe sein. Das Wort der Stunde ist es, dass die Übernahme von Eigenverantwortung auf den jeweiligen Ebenen gefördert und möglich gemacht wird.“

Die gute Kooperation auf allen Ebenen sei entscheidend. Man könne die Mechanismen zielgerichteter, konsequenter umsetzen und Fehlerrückmeldungen aller Beteiligten einbauen und diese entsprechend schulen, um im Ergebnis die Fehlerhäufigkeit zu reduzieren und an einem partnerschaftlichen System der Umsetzung arbeiten. Es sei zu prüfen, inwiefern der konsequente Einsatz von Pauschalen zum Beispiel in Form einer Restkostenpauschale zur erheblichen Verwaltungsvereinfachung führen und landesweit eingesetzt werden könnte.

Man könnte auch an zentralen Stellen unabhängige Projekte und Förderberatungsstellen einrichten. Einzelne Strukturfonds und Förderprogramme könnten davon profitieren. Die Abstimmung der operationellen Programme von EFRE und ESF mit anderen Programmen wie zum Beispiel LEADER würde dann besser funktionieren und über die Förderperiode hinaus sichergestellt werden.

Es sei ein wichtiger Hinweis, dass anerkannte integrierte Handlungskonzepte von Kommunen und Kreisen über die Förderperiode hinaus im Sinne der Subsidiarität angepasst, umgesetzt und ausgebaut würden. So könnte Nordrhein-Westfalen den Zuschnitt und die Zuständigkeit der Regionalagenturen bedarfsgerechter anpassen und die eigenständige Förderung mit ESF+-Mitteln auf regionaler Ebene mit der Etablierung regionaler Arbeitskreise für Nordrhein-Westfalen prüfen. Wenn das Ergebnis positiv ausfalle, könnte Nordrhein-Westfalen mittel- und langfristig auch von den positiven Effekten einer hohen Identifikation und Verantwortungsübernahme auf der Ebene der Stadt- und Landkreise sowie vielfältigen regionalen Kofinanzierungen profitieren.

Fazit: Es gebe ein großes Potenzial, die EU-Fördermittelbeantragung zu vereinfachen: mehr Pauschalen einführen, weniger Aufrufe und Programme auflegen und für Übersichtlichkeit sorgen. Vor allem gehe es darum, dass die Umsetzung gut klappe.

Was die Themen „Europawahlbeteiligung“ und „Europakompetenz der Kommunen“ angehe, so sei es mit Blick auf die Wahl des Europäischen Parlaments sehr wichtig, ein europäisches Bewusstsein, europäische Vernetzung zu schaffen, gemeinsam Themen zu etablieren. Dabei helfe in der Praxis gerade der internationale Austausch, und zwar für alle. Des Weiteren sei aus den Kommunen der Appell gekommen, stetige Europaarbeit sei wichtig. Es brauche mehr Angebote. Die Kommunen müssten direkt von Anfang an mit eingebunden und mitgenommen werden.

In der Anhörung sei deutlich geworden, das Engagement für Städtepartnerschaften, die Initiierung sei sehr ressourcenintensiv. Hier brauche es für die Städtepartnerschaften mehr Unterstützung.

Ein letzter Punkt, der sehr wichtig sei, sei die Befähigung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei dem Thema „Europakompetenz“. Wie Dr. Toralf Stark von der Universität Duisburg-Essen ausgeführt habe: Das Wissen über die EU lasse stetig nach. Sie zitiere aus der Anhörung:

„Das liegt [...] nicht zuletzt auch an der Struktur des Faches Gesellschaftswissenschaft/Wirtschaft. Ich glaube, man muss wieder einen eigenen Bereich für Europa im Kernlehrplan haben [...], weil für die Befähigung einer Wahlbeteiligung politisches Wissen zentral ist, dass ich einfach weiß, was ich da wähle.“

Bekannt sei, wer die Struktur der schulischen Bildung in Nordrhein-Westfalen zu verantworten habe.

Auch die Jungen Europäischen Föderalisten hätten wichtige Punkte mit auf den Weg gegeben:

Die Schülerinnen und Schüler wüssten zu wenig über Europa. Es brauche mehr Europabildung an allen Schulen, nicht nur an ein paar ausgewählten Europaschulen.

Last but not least, die Fördermöglichkeiten für die Europawahl passten nicht zum Timing und zum Vorlauf, der für gute Kampagnen nötig sei.

Sie schließe mit dem Appell von Matthias Meinert: „Fangt bitte mit Europawahlen früher an!“

Sven Werner Tritschler (AfD) schickt voraus, seine Fraktion werde den Antrag ablehnen. Eine der berechtigten Einwendungen der SPD-Fraktion betreffe die Vereinfachung, den Abbau von Bürokratie. Da könne er auch mitgehen. Allerdings passe das nicht ganz zu der Überschrift „Europawahlbeteiligung“. Wenn die SPD die Steigerung der Selbstwirksamkeit der Bürger anstrebe, dann würde sich anbieten, Respekt vor dem Votum der Bürger zu zeigen.

Das bedeute zum Beispiel, dass man einen Spitzenkandidaten, den man aufstelle, dann auch wähle, wenn man eine Mehrheit habe. Das wäre kostenfrei und wirksamer als die hier genannten Maßnahmen. Diese erschienen ihm eher wie Placebos. Seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Romina Plonsker (CDU) führt aus, der Bericht der Landesregierung zu den Aktivitäten zur Europawahl zeige deutlich, dass die Forderungen nicht mit dem Antrag übereinstimmen würden. Sie habe die Anhörung auch anders wahrgenommen als Frau Blask, beispielsweise dass mehr Geld und noch mehr Programme nicht automatisch mehr bringen würden – im Gegenteil. Es gebe schon sehr viele EU-Programme, deren Mittel von den Kommunen abgerufen werden müssten. Da würde sie sich der Forderung nicht anschließen.

Dann werde in dem Antrag die Unterstützung der EUROPE-DIRECT-Zentren in Nordrhein-Westfalen angesprochen, die sowieso schon im Haushalt 2023 vorgesehen gewesen seien. Das Thema EU an Schulen sei ein gutes Beispiel. Sie verweise auf das Projekt [EU-Jugendbotschafter@school](#). Studentinnen und Studenten würden an Haupt- und Realschulen Europakompetenz vermitteln. Es sei wichtiger, dass Europa von unten nach oben gelebt werde und es eine intrinsische Motivation der Schulen gebe, statt das von oben runter zu drücken. Dann habe es auch nicht den Stellenwert im Schulalltag.

Frau Blask habe das Beispiel Baden-Württemberg genannt. Der Vertreter des Landkreistags Baden-Württemberg habe in der Anhörung explizit darauf hingewiesen, dass bei pauschalen Zuwendungen deren Verwendung nicht mehr kontrolliert werden könne. Das sei der übliche Trade-off, Pauschalen zu geben, damit möglichst eine Vereinfachung

da sei, versus einer konkreten Nachprüfung der Aktivitäten. Aufgrund dieser vielen Argumente lehne die CDU-Fraktion den Antrag ab.

Berivan Aymaz (GRÜNE) schließt sich der Vorrednerin an. Es werde deutlich, dass das Anliegen, Europakompetenzen zu stärken, auch mit Blick auf die bevorstehenden Europawahlen und der Tatsache, dass immer mehr europafeindliche Kräfte an Zustimmung gewinnen würden, sehr wichtig sei. Damit verbinde die SPD Forderungen, die zum größten Teil bereits in unterschiedlicher Art und Weise erfüllt seien. Daher könnten sie nicht unterstützt werden.

Es sei nicht erwähnt worden, dass es jetzt zum Beispiel die Europa-Schecks gebe. Auch das sei ein Programm, das unbürokratisch und niedrigschwellig sei und vielen Akteuren, die vor Ort in den Kommunen unterwegs seien, helfen könne, womit dann die gesamte Landschaft profitieren könne. Ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Dr. Günther Bergmann (CDU) betont, sicherlich würde jeder hier sagen, dass es eine Vereinfachung bei Förderungen geben müsse, weil die europäischen Programme kompliziert seien. Die Schritte seien aber unternommen worden. Bei EFRE seien zum Beispiel schon Vereinfachungen eingeführt worden, die den Unternehmen, aber auch den Universitäten und Hochschulen sehr helfen würden, wengleich sie auch spezialisierte Abteilungen dafür hätten.

Er denke, dass der Antrag vom falschen Ende her gedacht sei. Wenn man sich auf der kommunalen Ebene bewege, dann habe man ein völliges Ungleichgewicht in Nordrhein-Westfalen, was das Bewusstsein für Europa angehe. Er komme aus einer Grenzregion, in der die Euregio von den Kommunen sowohl diesseits als auch jenseits der Grenze getragen werde, wo niederländische und deutsche Kommunen als Träger da seien, aber auch Mittel bewirtschaften würden, die aus dem Interreg zum Beispiel kämen, wo das bereits gemacht werde, was in dem Antrag gefordert werde.

Dahinter stehe das kommunale Verstehen. Kommunen müssten die Programme bewirtschaften können. Dass das Bewusstsein jenseits dieser Euregios aus den alten Zollgrenzbezirken ins Land bis nach Detmold und Lippe abnehme und da schwieriger sei, das konzipiere er. Es werde in dem Antrag nicht gespiegelt, dass es eine unterschiedliche Wahrnehmung innerhalb Nordrhein-Westfalens gebe und auch andere Engagements. Das heiße, die Kommunalen seien mit drin, weil sie Mitglieder in den Euregios seien. Das gelte von oben Rheine bis unten Aachen. Da sei der Antrag nicht stringent.

Inge Blask (SPD) merkt an, das, was Frau Plonsker angesprochen habe, sei eine Berichts-anfrage von der SPD-Fraktion, die gefragt habe, wie das Konzept der Landesregierung zur Europawahl aussehe. Es sei in dem Antrag im Laufe des Jahres schon gefordert worden, dass man ein Konzept vorlege. Ihre Fraktion habe erst eine Berichts-anfrage stellen müssen, damit überhaupt ein Konzept vorgestellt werde. Das hätte eher passieren müssen. Man sei jetzt am Jahreswechsel. Die Europawahl sei in greifbarer Nähe.

Zu dem, was Dr. Bergmann gesagt habe: Mit Euregios könne man nicht alles vergleichen. Wenn man in Südwestfalen gucke, was die Kommunen in der Europaarbeit leisten könnten, dann sei das sehr schwierig. Sie sei in Essen bei dem Europabüro gewesen und habe sich die Schwierigkeiten der Städte im Ruhrgebiet mit Blick auf die kommunale Förderung angehört.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Das steht nicht in dem Antrag!)

Das habe Einfluss gefunden in den Antrag. Diese Probleme bestünden konkret. Ihre Fraktion habe davon konkret aus den Kommunen gehört. Deswegen seien sie in dem Antrag enthalten.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) möchte noch einen Aspekt ergänzen. Dr. Bergmann habe zu den Maßnahmen ausgeführt, die zum Bürokratieabbau bereits bei den Fonds ergriffen worden seien, was die Vereinfachung des Zugangs anbelange. Das Ganze habe natürlich eine europapolitische Komponente.

Er wolle noch eine aktuelle Ergänzung geben, die sich in der vergangenen Woche ergeben habe. Die Europäische Kommission habe eine „Fit for Future“-Plattform eingerichtet. Das sei eine Plattform, in der es um bessere Rechtssetzung und Normenkontrolle gehe. Er sei für das Land Nordrhein-Westfalen Mitglied. In der vergangenen Woche habe der Vizepräsident der Kommission Šefčovič, der diese Plattform leite, ihn damit beauftragt, die Berichterstattung zu den Vollzugserfahrungen beim Fonds für den gerechten Übergang und den Europäischen Regionalfonds zu übernehmen. Das Land werde also sehr konkret die europäische Ebene adressieren, um deutlich zu machen, wo man Möglichkeiten des Bürokratieabbaus sehe.

Romina Plonsker (CDU) gibt an, auch sie komme nicht aus einer Grenzregion, sondern aus dem Kölner Speckgürtel. Sie habe viele Schulen kennengelernt, die sich europapolitisch engagieren würden, ohne Europaschule zu sein.

(Inge Blask [SPD]: Wir haben über Kommunen gesprochen!)

Sie denke besonders an eine Schule bei ihr im Wahlkreis, die in die gesamte Kommune wirke, indem man gemeinsam öffentliche Veranstaltungen in der Europawoche machen würde. Das werde in die Stadtgesellschaft mit eingebracht. Sie finde es etwas kurz gesprungen zu sagen, dass Europa nur in den Grenzregionen stattfinde. Die vielen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen würden zeigen, dass Europa nicht nur ein Thema der Grenzregionen sei.

Inge Blask (SPD) erwidert, sie habe nicht über Europaschulen gesprochen, sondern sie habe über die Europaförderung in den Kommunen gesprochen. Da liege wohl ein Missverständnis vor.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AFD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

3 Einfacher Staat: Patientenschutz im Grenzland erhöhen – mit besseren Daten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4353

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Europa und Internationales

Stellungnahmen
18/726, 18/809, 18/818,
18/830, 18/831, 18/833

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – und an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 15.05.2023)

Vorsitzender Stefan Engstfeld teilt mit, der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfehle mehrheitlich die Ablehnung des Antrags.

Dr. Werner Pfeil (FDP) hält fest, in dem Antrag gehe es darum, Daten aus der Grenzregion zu ermitteln, um dann in einem weiteren Schritt zu ermitteln, ob noch weitere Notwendigkeiten bestünden, die den Patientenschutz und die Patientenversorgung innerhalb der Grenzregionen betreffen.

Er wolle eine Aussage von Frau Adamsky von der EUREGIO Gronau zitieren. Da heiße es:

„Zwar werden Gesundheitsdaten von verschiedenen Stellen erhoben und analysiert. Eine umfassende Darstellung der relevanten Daten ist jedoch nicht verfügbar. Dies gilt bereits für die Bestimmung der Gruppe der Grenzgänger und deren Familienangehörigen, die berechnete i.S. der Verordnung (EG) 883/2004 sind, hinsichtlich ihrer Verortung in den Grenzregionen.“

Da gebe es also Nachholbedarf. Es ergebe sich aus allen Stellungnahmen, dass ein Datenleck bestehe. Man habe zu wenige Daten, um in diesem Bereich Entscheidungen treffen zu können.

Minister Laumann habe im Rahmen der Plenardiskussion bei der Einbringung des Antrages dazu gesprochen. Er habe gesagt, ihm sei nicht bewusst, dass man hier ein Problem habe. Wenn man eins hätte, würde er sich darum kümmern. Er finde es jetzt schade, dass der Antrag vom Arbeitsausschuss negativ beschieden worden sei. Daten zu erheben und zu ermitteln, schade erst einmal nicht.

Wenn aufgrund der Datenlage kein Handlungsbedarf bestehe, dann sei alles gut. Aber das wisse man gerade nicht. Er werbe für den Antrag.

Sven Werner Tritschler (AfD) findet es gut und richtig, dass man sich in Grenzregionen in medizinischen und anderen Notfällen aushelfe. Angesichts des sehr unterschiedlichen Leistungsniveaus beispielsweise im Dreiländereck Deutschland-Belgien-Niederlande halte seine Fraktion eine volle Mobilität nicht für erstrebenswert.

Auch in den Stellungnahmen werde deutlich, dass es ein unterschiedliches Leistungsniveau gebe. Nun könne man natürlich nivellieren, das müsse man dann klar sagen. Das würde für deutsche Patienten wahrscheinlich eine Anpassung nach unten bedeuten. Wenn man das wolle, sollte man das offen aussprechen. Unabhängig davon lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Josef Neumann (SPD) möchte zwei Aspekte aus der Anhörung aufgreifen. Wie das Ergebnis der Abstimmung sein werde, wisse man schon aus dem AGS. Zwei Aspekte seien aus seiner Sicht sehr wichtig. Die unterschiedlichen Stellungnahmen hätten gezeigt, dass die Frage, wie man durch diesen Gesundheitsdschungel durchkomme, ein zentrales Problem sei. Es gebe die nationalen Kontaktstellen, von denen es einige Menschen geben solle, die wüssten, dass es sie gebe. Er habe nicht einmal Experten gekannt, die gewusst hätten, dass es sie gebe. Zentral wichtig sei doch, um den Bürgerinnen und Bürgern das Ganze transparent zu gestalten, dass man diese nationalen Kontaktstellen in Nordrhein-Westfalen bekannter mache, damit die Leute wüssten, wo die Anlaufstelle sei.

Es habe sich herausgestellt, dass die Frage der Finanzierung – nicht so sehr das Leistungsgefälle –, wie man mit wem in welchem System abrechne, vor allem dann, wenn man etwa schnell operiert werden müsse und vorher nicht die Krankenkasse habe fragen können, für viele Patientinnen und Patienten nicht geklärt sei. Dr. Pfeil habe den Gesundheitsminister zitiert. Er denke, bei der Problematik gebe es noch eine Baustelle, bei der es notwendig sei, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten, unabhängig von der Entscheidung über diesen Antrag.

Dr. Günther Bergmann (CDU) findet es interessant, dass sich die Liberalen, die sich sonst immer für Bürokratieabbau ins Zeug legen würden, hier für weitere Bürokratie aussprechen würden. Das würde nämlich mit dem ausgelöst, was Herr Pfeil gerade gesagt habe. Allein die Erhebung der Daten würde einen erheblichen Mehraufwand bedeuten.

Zorggroep Maas sei das Programm, das dahinter stecke. Sein Schwager sei niedergelassener Arzt in Emmerich am Rhein, also viereinhalb Kilometer von den Niederlanden entfernt. Wenn niederländische Kranke dort aufschlügen, werde nicht gefragt, ob sie ihr Gesundheitsbild auf Deutsch oder auf Niederländisch darstellen könnten, sondern dann werde die europäische Gesundheitskarte gezückt. Das werde auch für die Abrechnung gemacht. Das funktioniere. Das sei tagtägliche Praxis in den Praxen in Nordrhein-Westfalen, in der Grenzregion sicherlich häufiger als in Detmold. Aber das werde abgedeckt. Es sei möglich.

Alles andere sei doch das, was jeder tue, wenn man im Ausland ein Problem habe. Man rufe bei der Krankenkasse an und lasse sich informieren. Das sei ja keine allgemeingültige Information, die von irgendeiner Stelle kommen müsse, sondern es müsse

mit dem Versicherungspartner, mit der Krankenkasse geklärt werden, was vor Ort passieren sollte.

Wenn man ein selbstverwaltetes Gesundheitssystem wie in der Bundesrepublik Deutschland habe, dann müsse es auch da geklärt werden, wo es hingehöre, nämlich in den Ausschuss auf Bundesebene. Da müsse geklärt und eventuell vermittelt werden, wenn Krankenkassen sich da anders verhielten. Aber das sei nicht Aufgabe des Landes. Er glaube, dass man bei der Abrechnung kein Problem habe. Die Christdemokraten hätten nicht den Drang zu einem weiteren bürokratischen Aufbau. Er halte den Antrag für unnötig.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

4 Aktueller Umsetzungsstand der Vereinbarungen NRWs mit ausländischen Staaten *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1828

Inge Blask (SPD) möchte wissen, wann das letzte Arbeitstreffen auf ministerieller Ebene mit British Columbia stattgefunden habe.

Dann wüsste sie gerne, wie viele Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen vom Schüleraustausch mit Piemont hätten profitieren können.

Zum Schüleraustausch mit dem Vereinigten Königreich: Sie höre immer wieder, dass der Schüleraustausch mit England quasi zum Erliegen gekommen sei. Sie frage, wie die Landesregierung das ändern wolle, ob die Landesregierung sich eine Quote gesetzt habe, an der man messen könne, dass das erfolgreich sei.

Aus der Partnerschaftvereinbarung mit dem Vereinigten Königreich würden der wissenschaftliche Dialog zum Thema Klimaschutz, nachhaltiges Wachstum und Digitalisierung, Kooperationen im Bereich Wissenschaft und Forschung, Netzwerkverstärkung zwischen den Universitäten, Kooperationen im Bereich der Cybersicherheit genannt. Sie wüsste gerne, was da stattgefunden habe, wie der aktuelle Stand sei.

Bei einigen Partnerschaftserklärungen sei vereinbart worden, dass die Ergebnisse protokollarisch festgehalten würden. Sie frage, ob das Ministerium dem Ausschuss die Ergebnisse in regelmäßigen Abständen zur Kenntnis geben könnte.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) gibt an, der Austausch mit British Columbia habe sich in letzter Zeit vor allem auf der Arbeitsebene ergeben, vermittelt über den Britischen Generalkonsul. Das letzte Treffen auf ministerieller Ebene habe in der letzten Legislaturperiode stattgefunden, weil es einen Regierungswechsel in British Columbia im Amt des Premiers gegeben habe und sich die Regierung neu gebildet habe. Jetzt würden die Kontakte wieder neu aufgenommen.

Zu dem Schüleraustausch mit Piemont: Das Programm sei 2023 aufgelegt worden. Wie viele Schüler am laufenden Programm profitiert hätten, das müsse nachgeliefert werden. Das müsse man beim Schulministerium abfragen. Die Zahlen lägen ihm nicht vor.

Das Abkommen mit UK sehe vor, dass es im nächsten Jahr eine Lenkungsausschusssitzung geben werde, in der das Thema „wissenschaftliche Kooperationen“ im Mittelpunkt stehen würde. Die letzte Sitzung des Lenkungsausschusses habe zum Thema „Schüleraustausch“ stattgefunden. Mit der Britischen Handelskammer habe man sich über das Thema „Cybersicherheit“, „Cyberdialog“ unterhalten. Das werde auch zu einem Gegenstand der trilateralen Kooperationen gemacht. Das sei ein Spezifikum zum Thema „Digitales“, was man in besonderer Weise in den Blick nehmen wolle.

Man habe keine Zielmarke für den Schüleraustausch. Es gebe sozusagen keine planwirtschaftliche Vorgabe dafür. Das müsse sich aus der Bereitschaft der Schülerinnen

und Schüler ergeben. Dass man das steigern wolle, sei klar. Fest stehe, dass man eine erhebliche Mismatch-Situation habe, dass das Interesse auf nordrhein-westfälischer Seite, auf deutscher Seite deutlich größer sei als auf britischer Seite. Das zu verändern, sei Anliegen der Landesregierung. Parität sei das Idealziel. Das Land könne aber die eigenen Austauschbemühungen nicht davon abhängig machen, sondern wolle den Austausch in jedem Fall forcieren.

Was die Protokolle angehe, sei das etwas schwieriger. Das werde eigentlich durch die mündlichen Berichte erledigt. Die Landesregierung berichte fortlaufend über die Ergebnisse. Er halte das für den geeigneten Weg, den Landtag zu informieren.

5 Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1820

Josef Neumann (SPD) bedankt sich für den Bericht. Er frage, wie grundsätzlich die aktuelle Situation gesehen werde, vor allem auch, welche Aktivitäten für die nächste Phase geplant seien, die jetzt anstehe, ob es Rückschlüsse aus dem jetzigen Programm gebe, was für die nächste Phase aus nordrhein-westfälischer Sicht notwendig sei.

RB'r Dr. Waldemar Brett (MKW) legt dar, die aktuelle Situation sehe so aus, dass die EU-Kommission im Rahmen der Halbzeitbewertung des Mehrjährigen Finanzrahmens Horizont Europa und die Mission bewerte. Es gebe eine Rückmeldung, in der die Empfehlung grundsätzlich laute, man müsse das Instrument weiter evaluieren, beobachten. Es sei gerade zwei Jahre alt. Deswegen gebe es relativ wenig Erfahrung, auch wenig statistische Daten.

In der nächsten Phase arbeite die Kommission daran, den zweiten strategischen Plan für „Horizont Europa“ zu erstellen. Es gebe einen Vorschlag der Kommission, der vorsehe, die Mission weiter fortzuführen und die Ergebnisse abzuwarten. In dem Zusammenhang werde auch die Einführung einer neuen Mission „Neues Europäisches Bauhaus“ diskutiert. Das sei der Vorschlag der Kommission. Nach seinem Kenntnisstand werde das im Rat noch kontrovers diskutiert. Derzeit sei unsicher, ob es überhaupt eine sechste Mission gebe. Zusammengefasst sei es so, dass man die Situation weiter beobachte.

Das Ministerium werde im Rahmen des Handlungskonzepts der Landesregierung die Einrichtungen im Lande weiterhin informieren und beraten. Man agiere bedarfsorientiert, wenn es konkrete Bedarfe gebe.

Carolin Kirsch (SPD) betont, in dem Bericht heiße es, dass es im Moment noch keine belastbaren Auswertungen gebe. Das habe Dr. Brett auch ausgeführt. Sie frage, wann damit zu rechnen sei, dass es Auswertungen gebe.

RB'r Dr. Waldemar Brett (MKW) antwortet, man rechne damit im nächsten Jahr. Knackpunkt sei, man sei auf die Zahlen der EU-Kommission über die E-CORDA Datenbank angewiesen. Da gebe es voraussichtlich Anfang nächsten Jahres erste Zahlen, die man dann validieren müsse, weil die EU-Kommission das Regionalprinzip bei Horizont Europa nicht so stark verinnerlicht habe.

6 Überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1827

Inge Blask (SPD) hält fest, die Landesregierung arbeite daran. Sie frage, ob es einen Zeitplan für die Erarbeitung und für das Konzept gebe.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) antworte, momentan werde die Strategie auf der Ebene der Staatskanzlei erarbeitet. Dann gehe es in die politische Abstimmung mit den Ressorts. Er denke, das sollte bis zum Sommer nächsten Jahres auf den Weg gebracht werden. Natürlich werde man rechtzeitig hier berichten.

7 Joint Declaration of Intent zur Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Circular Economy (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Vereinbarung zur Circular Economy zwischen Flandern und Nordrhein-Westfalen ist im Rahmen des Circular Valley Forums in Wuppertal geschlossen worden. Sie geht zurück auf eine Vereinbarung zwischen den beiden Ministerpräsidenten, Ministerpräsident Wüst und Ministerpräsident Jambon, die schon im letzten Jahr auf den Weg gebracht worden ist. Wir sehen, dass Flandern als stark entwickelte Industrieregion – 70 % der industriellen Produktion Belgiens liegen dort – gleiche Interessen hat, mit der Initiative Circular Flanders auch eine ähnliche Orientierung hat.

Wir haben unsere kreislaufwirtschaftlichen Anstrengungen nicht nur regional gedacht, wir denken sie national. Aber es liegt nahe, sie überregional und grenzüberschreitend zu denken. Das ist der Grundsatz, der in der gemeinsamen Erklärung festgelegt worden ist. Dabei geht es darum, Bereiche und Sektoren der Kreislaufwirtschaft festzulegen. Es geht um den Austausch von Wissen und Best Practices, gegenseitige Besuche von Pilotprojekten, wissenschaftliche Zusammenarbeit, den Austausch über Projekte und über Finanzierungen.

Es geht darum, gemeinsame Initiativen auf wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Ebene und auch ein gemeinsames Markenzeichen für beide Regionen zu entwickeln, um sich europäisch als eine führende Drehscheibe der Kreislaufwirtschaft zu positionieren, bei europäischen Projekten zusammenzuarbeiten und sich darüber auszutauschen, wie Aus-, Fort- und Weiterbildungsinitiativen weiterentwickelt werden, und wie wir dabei gesellschaftliche Initiativen und Kräfte mit einbinden können, auch die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Das ist das Ziel. Wir arbeiten ohnehin mit Flandern auf enge Weise zusammen. Das ist ein weiterer Aspekt, der auch einen Vorläufer hat, weil wir uns auch in der Vergangenheit im europäischen Kontext über Kreislaufwirtschaft, über die Circular-Economy-Initiativen ausgetauscht haben und Flandern da immer mit eingebunden war. Auch bei diesen Dialog- und Austauschformaten hatten wir immer flämische Vertreter dabei. Das ist, wenn man so will, jetzt der institutionelle Ausfluss dieser Vereinbarung einer konkreten Zusammenarbeit bei diesem wichtigen Zukunftsthema.

Josef Neumann (SPD) bedankt sich für den mündlichen Bericht. Er habe an dem Circular Valley Forum in Wuppertal teilgenommen, als der Flämische Ministerpräsident erläutert habe, warum man in diese Projekte einsteige. Wer sich mit dem Circular Valley in Wuppertal beschäftige und sich anschau, dass bei solchen Veranstaltungen tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der gesamten Wirtschaft nicht nur Nordrhein-Westfalens und Deutschlands, sondern weltweit dabei seien, der sehe, welchen Stellenwert dieses Thema zwischenzeitlich angenommen habe.

Am Anfang sei es eine ehrenamtliche Initiative gewesen, um die es gegangen sei. Dass das so ein Ausmaß erreicht habe, jetzt auch im Rahmen des Forums diese wichtige Thematik zwischen Flandern und NRW ratifiziert worden sei, zeige deutlich, wie wichtig die Circular Economy jetzt für die Wirtschaft geworden sei. Vor einigen Jahren hätte man noch gelacht, wenn man sich mit dem Thema beschäftigt hätte. Es sei ein wichtiger Schritt nicht nur für Nordrhein-Westfalen und Flandern.

Die anwesenden Unternehmen seien eineinhalb Tage da gewesen. In den Projektgruppen habe man sehen können, wie herausragend dieses Thema sei, wie sehr es von den Unternehmen auch umgesetzt werde.

8 Europäische Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2044

Carolin Kirsch (SPD) legt dar, der Bericht sei sehr allgemein gehalten. Nach ihrem Wissen gebe es derzeit die dritte Projektrunde. Es gebe mehrere Projektrunden der nationalen Initiative. Die dritte Projektrunde laufe bis 2026. Die letzte sei bis 2023 gelaufen. In der aktuell anlaufenden Projektrunde sei nur noch die Uni Ruhr dabei. Vorher seien es mehrere gewesen. Sie frage, warum NRW da nicht mehr so stark vertreten sei, welche Hintergründe das habe.

In dem Bericht werde auch der Eindruck vermittelt, es wäre gar nicht klar, ob es eine weitere Finanzierung durch den Bund gebe, ob das Projekt beim DAAD weiterlaufe. Aber zumindest bis 2026 laufe es weiter. Das sei zumindest ihr Erkenntnisstand.

RB'r Dr. Waldemar Brett (MKW) legt dar, was die EU-Ausschreibung angebe, so habe es die großen Calls 2022, 2023 gegeben. Da seien die im Bericht erwähnten Hochschulen als erfolgreiche Bewerbereinrichtungen hervorgegangen. Die nationale Initiative in den Förderrunden habe alle gefördert. Die neun Hochschulen, die in der ersten oder zweiten Förderrunde gefördert worden seien, würden natürlich nicht in der dritten Runde gefördert. Daher komme die Diskrepanz.

Aus dem vierten Call der EU gebe es noch drei weitere Hochschulen, nämlich Paderborn, Münster und Bielefeld. Da sei nicht bekannt, ob die nationale Initiative noch eine weitere Runde habe. Deswegen könne er dazu nichts sagen. Auch könne er nichts dazu sagen, ob sie fortgeführt würden. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage des Bundes und der Diskussion über Kürzungen, die man seitens des BMWF höre, könne er keine verlässliche Aussage dazu abgeben. Da müsse man abwarten. Ihm lägen keine Informationen darüber vor, ob sie fortgeführt werde oder nicht.

9 Maßnahmen der EU-Kommission zur Anerkennung von Berufsqualifikationen aus Drittstaaten *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2026

Josef Neumann (SPD) merkt an, das Thema „Anerkennung von Berufsqualifikationen“ sei in vielen Branchen zurzeit ein Überlebenssthema, insbesondere im Gesundheitsbereich. Er habe nicht so richtig verstanden, wie diese Maßnahme der EU im Verhältnis zu dem stehe, was hier an Berufsanerkennungen zum Teil schon erfolgreich gemacht werde. Er frage, was diese zusätzliche Maßnahme bewirken solle. Er habe nicht festgestellt, dass man bei dem Thema vorwärtskomme.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) betont, die EU-Kommission habe sich bislang immer nur auf die Anerkennung von Abschlüssen und Berufsqualifikationen innerhalb der EU konzentriert. Es sei das erste Mal, dass der jetzt etwas weitere Schritt gegangen werde. Das sei bislang nur eine Kommunikation, ein erster Vorschlag, der auch noch ausgewertet werden müsse. Was das konkret komplementär bedeute, dazu könne am besten das MAGS ausführen.

RB'e Monika Oeynhausen (MAGS) bestätigt, in der Tat sei es so, dass sich die EU bislang in der Richtlinie auf die innereuropäische Anerkennung konzentriert habe und jetzt den Blick vor dem Hintergrund des massiven Fachkräftebedarfs in der gesamten EU weite. Insofern werde man abwarten, welche Empfehlungen gegeben würden.

Sie könne aber sagen, dass mit der Umsetzung der Richtlinie in den Jahren 2011, 2012 oder 2013 die Drittstaaten in Deutschland von Bund und Ländern mitgedacht worden seien. Das heiÙe, die rechtlichen Regelungen, die getroffen worden seien, umfassten in der Regel auch Drittstaaten. Es sei versucht worden, eine möglichst gleiche Behandlung von EU- und Drittstaats-Ausbildungen anzustreben. Das sei nicht in allen Fällen gelungen, sei vielleicht auch nicht in allen Fällen sachgerecht. Insofern werde man abwarten müssen, wie groß der Handlungsbedarf tatsächlich sein werde.

10 Selbstbewirtschaftungsmittel Akademie für Internationale Politik *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2038

Inge Blask (SPD) hat der Vorlage entnommen, dass die Akademie für Internationale Politik Selbstbewirtschaftungsmittel in Höhe von 4,3 Millionen Euro Anfang 2023 bekommen habe. Sie frage, über welchen Zeitraum diese Mittel zur Verfügung gestanden hätten und für welchen Zweck sie ausgegeben worden seien, ob davon noch Geld übrig sei, wenn ja, wie viel und an welcher Stelle im Haushaltsplan man die Mittel finden könne.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) erläutert, die Selbstbewirtschaftungsmittel seien Mittel, die nie an die Akademie geflossen seien, sondern die der Akademie zum Abruf zur Verfügung gestanden hätten, aber nicht abgerufen worden seien, weil sich in der Aufbau- und Anfangsphase der Akademie, insbesondere aufgrund der Coronapandemie, eine Situation ergeben habe, in der die vor allem für Stipendien vorgesehenen Mittel nicht abgerufen worden seien. Das heiÙe, die Mittel seien nie bei der Akademie gewesen, sondern seien als Selbstbewirtschaftungsmittel vorhanden gewesen. Die seien jetzt im Zuge der Haushaltskonsolidierung in das Kapitel 20 020 Titel 119 20 rückübertragen worden. Diese Mittel stünden der Akademie jetzt nicht mehr zur Verfügung. Das sei der haushaltstechnische Hintergrund.

Inge Blask (SPD) stellt die Frage, wenn die Institution 4 Millionen Euro vom Land zur Verfügung gestellt bekomme, damit Stipendien finanziert werden sollten, warum es da keine Ausgaben gegeben habe.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) antwortet, das liege daran, weil es erhebliche Reise-restriktionen gegeben habe, die in vielen Ländern der Welt gegolten hätten. Es sei nicht möglich gewesen, internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Bonn zu holen, weil nicht nur hier, sondern überall der wissenschaftliche Austausch vor allem aufs Virtuelle beschränkt gewesen sei. Insofern hätte die Akademie diese Mittel nicht verwenden können.

Inge Blask (SPD) fragt nach, ob das auch auf das Jahr 2023 zutreffe. – **StS Dr. Mark Speich (MBEIM)** antwortet, im Jahre 2023 habe es eine Bewerberlage gegeben, bei der die bereitstehenden Mittel keinen Rückgriff auf diese Selbstbewirtschaftungsmittel erforderlich gemacht hätten.

11 Kampagne der Landesregierung zur Europawahl 2023 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2036

Josef Neumann (SPD) bedankt sich für den Bericht, der umfassend sei und die Situation beschreibe.

Unter einem anderen Tagesordnungspunkt sei das Thema „Europawahl“ bereits angesprochen worden. Er verhehle nicht, dass er, wenn er am 9. Mai nächsten Jahres denke, aus vielerlei Gründen Bauchschmerzen habe. Er appelliere an alle Beteiligten, alles dafür zu tun, dass man die Menschen nicht nur zur Wahl bekomme, sondern auch zur Wahl für ein Europa, das man sich unter demokratischen und rechtsstaatlichen Vorstellungen wünsche. Der Bericht sei auch eine klare Aufforderung an alle anderen, auf unterschiedlichen Wegen und Ebenen in den nächsten sechs Monaten etwas zu tun.

12 Zuschüsse der Landesregierung im In- und Ausland (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2040

Inge Blask (SPD) möchte wissen, mit welchen Akteuren die Landesregierung im Gespräch sei, um die neue Partnerschaft in der Umgebung des Gazastreifens aufzubauen.

Dann gebe es die Partnerschaft zu Mazedonien. Sie frage, ob es da besondere Hintergründe gebe.

Dann würden 40.000 Euro eingesetzt, um Studierende und Ärzte aus den palästinensischen Autonomiegebieten und Jordanien zu fördern. Da wüsste sie gerne, wie viele Studenten man mit 40.000 Euro fördern könne.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) kommt auf die Kooperation mit Kommunen aus Israel, den Kibbuzen entlang des Gazastreifens zu sprechen. Da arbeite man mit Engagement Global zusammen. Mit dieser Institution habe man auch in der Vergangenheit ausgesprochen gute, professionelle Erfahrungen gesammelt.

Zu Nordmazedonien: Als Bundesland müsse man sich fokussieren. NRW könne nicht den gesamten westlichen Balkan adressieren. Gerade zu Nordmazedonien habe der Vorgänger des gegenwärtigen Ministers intensive Beziehungen aufgebaut. Da habe sich eine konstruktive und gute Zusammenarbeit ergeben. Das Interesse sei beiderseitig da gewesen. Das habe sich auch in der Ausgestaltung der Beziehungen bewahrt. Insofern sei das eine bewusste Entscheidung auf Grundlage der Gespräche, die insgesamt mit den Staaten des westlichen Balkans geführt worden seien.

Zum Austausch der Ärzte: Er habe gehört, das seien sechs oder sieben, die man damit unterstützen könne.

13 EU-Kohäsionsfonds – Positionierung der Landesregierung auf EU-Ebene
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2037

Josef Neumann (SPD) bedankt sich für den Bericht. Er wüsste gerne, wie sich in den Gesprächen die anderen Mitgliedstaaten zu dem Ansatz der vorausschauenden Förderung positionieren würden, dass man nicht auf Katastrophen schaue, sondern darauf, wie man Katastrophen vermeide. Er frage, wie da die Gemengelage im Bereich der anderen Mitgliedsländer aussehe.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) antwortet, es gebe noch keine verbindlichen Rückmeldungen. In Brüssel führe man zahlreiche Gespräche zu diesem Thema. Man merke, dass der Ansatz in anderen Ländern auch kritisch gesehen werde. Das sei nicht überraschend, weil der Vorwurf im Raum stehe, dass die prosperierenden Regionen Europas nun überproportional von diesen Mitteln profitieren wollten.

Wenn man die Perspektive dann erläutere, dann sei das in Regionen verständlich und nachvollziehbar, die wie NRW vor gewaltigen Transformationsherausforderungen stünden. Er nehme das polnische Beispiel. Da sei jetzt schon eine enorme Bedeutung der Kohäsionsmittel gegeben, vielleicht jetzt nicht aktuell, weil einige Mittel nicht ausgezahlt würden. Man sehe auch da diese prospektive Herausforderung. Da sei es so, dass die kohlefördernden Regionen die Regionen seien, in denen besonders hohe Durchschnittslöhne gezahlt würden, in denen besonders hohe Wirtschaftsleistungen erbracht würden. Auch da gebe es eine enorme Herausforderung umzubauen. Insofern werbe man eher bei gleichgesinnten Regionen, die eine ähnliche Herausforderung hätten, um ein europäisches Verständnis der hiesigen Situation zu erreichen.

Er könne nicht verhehlen, es gebe auch kritische Stimmen, die den Vorwurf erheben würden, dass die prosperierenden Regionen Europas auch die Kohäsionsmittel stärker nutzen wollten als bisher. Wenn man die Zukunftsperspektive eröffne, könne man das gut erläutern und finde dann auch Verständnis.

14 Verschiedenes

hier: **„Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weitere europäische Solidarität zeigen!“ – Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/6365**

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung am 8. März 2024 um 10:00 Uhr durchzuführen.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

4 Anlagen

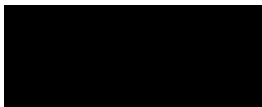
11.01.2024/15.01.2024



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

24. Oktober 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 3. November 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 3. November 2023:

TOP 1 – Reisebericht Ungarn

Wir bitten um einen mündlichen Bericht über die letzte Reise des Ministers für
Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales des Landes Nordrhein-
Westfalen nach Ungarn. Bitte gehen Sie dabei darauf ein, mit welchen
Akteuren welche Themen adressiert wurden und mit welchen Ergebnissen.

**TOP 2 – Aktueller Umsetzungsstand der Vereinbarungen NRWs mit
ausländischen Staaten**

Bitte legen Sie dar, welche Inhalte der jeweiligen Partnerschaftserklärungen
NRWs mit ausländischen Staaten / Regionen bisher umgesetzt wurden,
inwiefern dies geschehen ist und welche Punkte der jeweiligen
Vereinbarungen noch umzusetzen sind. Bei letzterem Punkt gehen Sie bitte
darauf ein, was die Landesregierung plant, um dies zu tun. Bitte nehmen Sie
bei der Beantwortung dieser Fragen darauf Bezug, wann jeweils das letzte

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Arbeitstreffen bzw. die letzte Regierungskonsultation stattgefunden hat und mit welchen Ergebnissen.

TOP 3 – Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa

Am 20.07.2023 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Bewertung des Förderinstruments der sogenannten Missionen im Rahmen des EU-Forschungsförderprogramms Horizont Europa vorgelegt. Damit erfüllt die Kommission eine Verpflichtung aus der Horizont-Europa-Verordnung, die eine solche Zwischenevaluation zwei Jahre nach dem Start der Missionen vorschreibt.

- Wie fällt die Bilanz für NRW, aufgelistet nach den jeweiligen Missionen aus?
- Welche Ziele verfolgt die Hochschulpolitik der Landesregierung für die kommende Phase?

TOP 4 – Überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung?

Im Koalitionsvertrag heißt es „Wir werden die Eine-Welt-Strategie des Landes an die neuen internationalen politischen Realitäten anpassen.“ (Zeilen 6668-6669). Bitte erläutern Sie, wie die überarbeitete Eine-Welt-Strategie der Landesregierung aussieht.

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

27.11.2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für
Europa und Internationales am 08. Dezember 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 08. Dezember
2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts
der Landesregierung zum Thema:

Europäische Hochschulen in Nordrhein-Westfalen

Eine Initiative des Europäischen Rates aus dem Jahr 2017 kann als Grundstein des
Konzeptes der Europäischen Hochschulen betrachtet werden. Auch Frankreichs
Präsident Emmanuel Macron hatte dies in seiner Rede an der Sorbonne-Universi-
tät thematisiert. Dabei schließen sich Hochschulen verschiedener Art in der Eu-
ropäischen Union (EU) zu Allianzen zusammen. Die ersten Europäischen Hoch-
schulen wurden von der Europäischen Kommission im September 2019 ausge-
wählt und erhielten ein Budget von fünf Millionen Euro für drei Jahre. Das Kon-
zept ist dabei von der folgenden Idee bestimmt: „Grenzüberschreitende Mobili-
tät von Lehrenden, Studierenden und Forschenden in ganz Europa, herausragende
Bildung von neuer Qualität, enge Kooperation in Forschung und Lehre: Das ist die
Vision der Europäischen Hochschulen.“¹

In den letzten Jahren wurde das Konzept und die Finanzierung nochmals spezifi-
ziert, 2022 war es auch Teil der Hochschulstrategie der Europäischen Kommission.

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdplif_nrw



FDPfraktionNRW

¹https://www.bmbf.de/bmbf/de/europa-und-die-welt/lernen-in-europa/europaeische-hochschulen/europaeische-hochschulen_node.html, letzter Zugriff: 24.11.2023

Die Zahl der Europäischen Hochschulen wächst dabei konstant an und soll Mitte 2024 60 Allianzen umfassen.

Neben der europäischen Initiative können beteiligte deutsche Hochschulen über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) ein nationales Begleitprogramm in Anspruch nehmen, die sogenannte "Europäische Hochschulnetzwerke (EUN) – nationale Initiative". Neben verschiedenen Hilfs- und Netzwerkangeboten besteht für die Hochschulen die Möglichkeit sich dabei um ein sogenanntes "topping up" bewerben, um zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten.²

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Hochschulen in Nordrhein-Westfalen haben sich an der EUN bisher beteiligt und welche haben sich beim DAAD um finanzielle Mittel bemüht?
- Kann ein kurzer Zwischenbericht der beteiligten Hochschulen mitgeteilt werden?
- Welche Maßnahmen nutzt die Landesregierung, um weitere Europäische Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu etablieren?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

²<https://www.daad.de/de/infos-services-fuer-hochschulen/weiterfuehrende-infos-zu-daad-foerderprogrammen/eun/>, letzter Zugriff: 24.11.2023

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion **FDP**
Nordrhein-Westfalen

[FDP-Landtagsfraktion NRW](#) | [Platz des Landtags 1](#) | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

27.11.2023

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 08. Dezember 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 08. Dezember 2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

Maßnahmen der EU-Kommission zur Anerkennung von Berufsqualifikationen aus Drittstaaten

Um dem Fachkräftemangel in der Europäischen Union (EU) zu begegnen sind unterschiedliche politische Maßnahmen nötig. Neben den Initiativen in den einzelnen Mitgliedsstaaten muss dieses Problem auch auf der europäischen Ebene angegangen werden. Ein Erschwernis stellt weiterhin die Anerkennung von Berufsqualifikationen von Personen aus Nicht-EU-Ländern dar. Dieses möchte die Europäische Kommission nun angehen. Ihr vorgestelltes „Paket zur Kompetenz- und Fachkräftemobilität“¹ sieht, neben der Einrichtung eines EU-Talentpools und einer erhöhten Lernmobilität, erweiterte Maßnahmen zur Anerkennung von Berufsqualifikationen vor, die unter anderem zu einer besseren Vergleichbarkeit und einfacheren Methoden führen sollen. Dazu sollen sich die Mitgliedsstaaten an der Richtlinie 2005/36/EG orientieren. Die Kommission schlägt vor, dass eine Berufsankennung erfolgen soll, wenn der Arbeitnehmer zuvor drei Jahre in einem anderen Mitgliedsstaat gearbeitet hat. Der Mitgliedsstaat, in welchem der

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdplif_nrw



FDPfraktionNRW

¹<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10696>, letzter Zugriff: 27.11.2023

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Arbeitnehmer tätig war, muss allerdings schon zuvor eine Anerkennung vorgenommen haben. Des Weiteren soll für die Personen aus Drittstaaten die Möglichkeit bestehen zwischen einem Anpassungstest oder einem dreijährigen Ausbildungslehrgang zu wählen. Zudem soll das Verfahren über den Anerkennungsantrag nach zwei Monaten abgeschlossen sein.²

Die EU-Kommission erhofft sich dadurch zügige Verfahren und mehr Kapazitäten für die nationalen Behörden. Die Pläne sehen zudem vor, dass die einzelnen Mitgliedstaaten von der Kommission unterstützt werden und zugleich an diese berichten sollen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie geht die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit dieser Empfehlung um?
- Welche Verwaltungseinheiten sind in Nordrhein-Westfalen für die Umsetzung zuständig?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

² <https://anwaltverein.de/de/newsroom/europa-im-ueberblick-39-2023>, letzter Zugriff: 27.11.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

27. November 2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 8. Dezember 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 8. Dezember 2023:

TOP 1 – Selbstbewirtschaftungsmittel Akademie für Internationale Politik

Aus der Vorlage 18/1669 geht hervor, dass die Akademie für Internationale
Politik als Anfangsbestand 2023 4.312.300,00 Euro an
Selbstbewirtschaftungsmitteln hält. Bitte erläutern Sie, was das bedeutet:

- Wann wurden diese Mittel ausgezahlt?
- Über welchen Zeitraum stehen sie zur Verfügung?
- Für welchen Zweck wurden/werden sie ausgegeben?
- Ist davon noch Geld übrig und wenn ja, wie viel?
- Wie und an welcher Stelle wurden/werden sie in den regulären
Haushaltspanentwürfen verbucht?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



TOP 2 – Kampagne der Landesregierung zur Europawahl 2024

Wie sieht die Europawahlkampagne der Landesregierung aus? Was soll wann wo passieren? Bitte erläutern Sie dabei das dahinter stehende Konzept sowie die geplanten Aktionen auf der Zeitschiene.

TOP 3 – Zuschüsse der Landesregierung im In- und Ausland

Welche Projekte im In- und Ausland hat die Landesregierung (vgl. Einzelplan 02 / Kapitel 02 040 / Titel 686 00 23) seit Amtsübernahme mit Landesmitteln bezuschusst? Bitte erläutern Sie pro Projekt die jeweilige Förderhöhe pro Haushaltsjahr, das übergeordnete Landesinteresse für die Förderung sowie ob und welche gesellschaftlichen Verankerungen/Kompetenzen in NRW die jeweilige Projektförderung ausgelöst haben.

TOP 4 EU-Kohäsionsfonds – Positionierung der Landesregierung auf EU-Ebene

Bitte erläutern Sie den Stand der Vorbereitungen der Landesregierung für die kommende Förderperiode ab 2028. Welche Position und welche Ziele vertritt NRW in den Vorbereitungen der neuen Gesetzgebung auf EU-Ebene? Wie sind die Reaktionen der anderen Mitgliedsstaaten auf die deutsche Forderung der Etablierung einer „vorausschauenden“ Förderung mit Kohäsionsmitteln und wie plant NRW damit umzugehen?

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL